Kommunal- und Landespolitik im Austausch

Laymann und Reis im Gespräch über Bahn- und Straßensanierungen sowie die Finanzierung der Wiedereingliederungshilfe

Kobern-Gondorf: Seit der konstituierenden Sitzung des Landtages im Mai 2026 ist Martin Reis als Wahlkreisabgeordneter dafür zuständig, die Interessen des Wahlkreises Mayen, zu dem auch die Verbandsgemeinde Rhein-Mosel zählt, in Mainz zu vertreten. In einem Austauschgespräch in der Verbandsgemeindeverwaltung in Kobern-Gondorf nutzte die Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde, Kathrin Laymann, die Möglichkeit, aktuelle Anliegen und Fragen zu platzieren. Großen Raum nahm aus Gründen der Aktualität die Sanierung der Bahn auf der linken Rheinseite sowie an der Mosel ein. Die Fertigstellung einer funktionierenden Mobilitätsinfrastruktur zur BuGa29 sowie der Abbau von Barrieren an allen Bahnsteigen der Verbandsgemeinde wurden als dringliches Anliegen vorgestellt. Auch waren sich Reis und Laymann einig, dass die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen hinsichtlich der Sanierung von Straßen und Brücken verbessert werden muss. Dass dieses Ziel bereits auf der Agenda des zuständigen Ministeriums steht, wusste Reis aus Mainz zu berichten. Ebenfalls in Bearbeitung sei dort die Umsetzung der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Wie genau der Übergang stattfinden wird und ab welchem Zeitpunkt ein neues Finanzierungssystem den bisherigen wiederkehrenden Beitrag ersetzen wird, konnte der Abgeordnete Reis noch nicht ankündigen. Allerdings sind sich Laymann und Reis einig, dass eine zeitnahe Entscheidung notwendig ist, damit für die Kommunen Planungssicherheit hergestellt wird. Eine Verschleppung notwendiger Sanierungen würde für Bürgerinnen und Bürger sowie für das Tiefbaugewerbe negative Auswirkungen haben.

Mit den aktuellen Abläufen bei den Verhandlungen des zuständigen Ministeriums mit Einrichtungen der Wiedereingliederungshilfe stand auch ein wirtschafts- und sozialpolitisches Thema auf der Agenda des Treffens. Die Vergütungsverhandlungen, welche alle Einrichtungen separat mit dem Landesamt führen müssen, werden leider terminlich stark verzögert. Dies hemmt Unternehmen, in die Zukunft von Einrichtungen für Menschen mit psychischen, geistigen und körperlichen Behinderungen und zu investieren. In einem Folgetermin wollen Reis und Laymann diesem Thema weiter nachgehen. Denn Reis sagte zu, sich im Rahmen seiner Ausschusstätigkeiten im Landtag des Themas anzunehmen.

Kathrin Laymann, Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Kathrin Laymann und Wahlkreisabgeordneter Martin Reis